

Die Wohnheime für Frauen sollten Lebensgemeinschaften nach dem Vorbild der Colleges von Oxford und Cambridge sein. Doch je besser die Integration der Mädchen gelang, die Elternhaus und Schule gewöhnlich nicht auf die Selbständigkeit vorbereitet hatten, desto größer war das Risiko der Isolation der Gruppe. Einrichtungen, die die Frauen fördern sollten, hemmten sie zugleich. Dieses Dilemma verschärfte sich für die Akademikerinnen, die an der Spitze dieser Institutionen sowohl über die Ausbildung als auch über den Lebenswandel der Bewohnerinnen wachen sollten. Ihnen bot sich ein Einstieg in die wissenschaftliche Karriere. Es war erwünscht, daß die Tutorin für weibliche Studenten sich in ihrem Fach an der Lehre beteiligte; häufig nahm sie auf dem Papier einen hohen Rang in der universitären Hierarchie ein. Aber der gelehrten Arbeit konnte sie nur den kleineren Teil ihrer Zeit widmen; in den Augen der Männer wurde sie nie zur gleichwertigen Kollegin. Die Neigung, Frauen auf Dauer an der Universität anzustellen, blieb deutlich zurück hinter der Bereitschaft, ihnen für einige Jahre den Aufenthalt zu gestatten. Während 1939 ein Viertel aller britischen Studenten weiblich war, stagnierte der Anteil der Dozentinnen bis in die 1970er Jahre bei dreizehn Prozent. Die Mittel, mit denen die akademische Frauenbewegung diesem Mißstand beikommen wollte, brachten unerwünschte Nebenfolgen mit sich: Reklamierte man ein Lehrgebiet wie die Pädagogik als weibliche Domäne, schien man die »harten« Fächer preiszugeben; förderte man an den Frauencolleges weibliche Lehrkräfte durch positive Diskriminierung, lief man Gefahr, den Studentinnen den bestmöglichen Unterricht vorzuenthalten.

Diese Paradoxien illustriert Dyhouse auch deshalb ausführlich, weil sie noch den heutigen Feminismus umtreiben. Daß ihr Buch wenig allgemeine Thesen enthält, macht es nicht zum Probestück einer »weiblichen« Wissenschaft, die der Generalisierung die Erzählung vorzöge. Die von Dyhouse untersuchten Verhältnisse waren viel zu unterschiedlich, als daß robuste Theorien über »the springs of human action« sie in den Griff bekommen könnten. Alles kam auf das Individuum an, auf die energische Dozentin, die mutige Studentin, die großzügige Spenderin. Die Fallgeschichten über blockierte Karrieren haben einen allgemeinen Wert; die Diskriminierung der Frauen an der Universität zeigte sich eben darin, daß man sie zu »Fällen« erklärte, wenn sie dieselbe Bezahlung oder Ausstattung forderten wie ihre männlichen Kollegen. Dyhouse weist darauf hin, daß die Vorkämpferinnen des Frauenstudiums in Nachrufen fast immer als »formidable« beschrieben werden. Hätten sie nicht einschüchternd gewirkt, hätten sie sich nicht durchgesetzt; bisweilen schüchtern sie auch ihre Studentinnen ein, die oft lieber privat unterkamen als in einem Wohnheim. Emanzipation ist bei Carol Dyhouse nicht die Befreiung des Individuums aus der anonymen Menge. Die Gleichberechtigung der Frauen im wissenschaftlichen Betrieb war erst dann gesichert, als sie nicht mehr unverwechselbar sein mußten.

*Patrick Banners, Bonn*

Gisela Bock/Pat Thane (Hrsg.), *Maternity and Gender Policies. Women and the Rise of the European Welfare States, 1880s–1950s*, Routledge, London etc. 1994, 259 S., brosch., 14 £.

Frauen und Mütter waren bei nicht wenigen der ersten Etappen in der Entwicklung der modernen westlichen Sozialstaaten die »Geburtshelfer«. Und dies in einem doppelten Sinne: Zum einen waren es die Fragen des Mutterschafts- und Familienschutzes, die am Anfang von vielen politischen Überlegungen standen, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die »soziale Frage« des Industriekapitalismus anzugehen suchten. Nicht zufällig waren diese Probleme aber auch und gerade für die konservativen, paternalisti-

schen Traditionen der sozialen »Fürsorge« legitim, weil unverdächtig, und relevant. Zum anderen spielten Frauen schon frühzeitig eine wichtige Rolle bei den öffentlichen Auseinandersetzungen über die Frage, wie und zu welchem Ende diese Dimensionen der sozialen Verwerfungen gelöst werden können.

Dieser aktive Aspekt der Beteiligung von Frauen an der Suche nach politischen Lösungen blieb aber, wie die Herausgeberinnen eingangs feststellen, in der traditionellen Historiographie der Sozialpolitik nahezu unberücksichtigt. Die vorliegende Sammlung von zwölf Fallstudien, die die Herausbildung dieser Politik vergleichend für Westeuropa und für die historisch konstituierende Epoche der europäischen Sozialstaaten verfolgt, füllt diese historiographische Lücke eindrucksvoll auf. Mehr noch: Sie wendet das dominierende Bild von Frauen als vorrangigem Objekt der sozialpolitischen Debatten geradezu um und führt sie als Handelnde, Teilnehmende, Streitende und Kämpfende gleichsam zurück in diese ihre eigene Geschichte. Damit aber wirft sie auch eine größere methodologische Frage auf, die der »etatistisch« fixierten Sicht auf die Entwicklung des modernen Sozialstaates immer dann entgeht, wenn sie sich an die »große« Politik hält, die – natürlich – von Männern in Kabinetten, Parteien usw. bestimmt scheint.

Sozialpolitik und Frauenbewegungen, die im Zentrum dieser Untersuchungen zur Mutterschaftspolitik in Norwegen, Schweden, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Deutschland stehen, bewegten sich dabei in einem vielsagenden Wechselverhältnis. Einerseits formierten sich um die Definitionen von Mutterschaft und der Rolle von Frauen als Müttern, in der einen oder anderen Weise, die materialen und politischen Zuweisungen, die Frauen in der Gesellschaft vorgegeben wurden. Sozialpolitik war auch, wie Bocks Beitrag über die Mutterschafts- und Eugenikprogramme der Nationalsozialisten, Nashs Porträt der Geburtenkampagne im franquistischen Spanien und Saracenos Darstellung der restaurativen paternalistischen Geburtenpolitik des faschistischen Italiens zeigen, ausgrenzende Geschlechterpolitik. Dort aber, wo sie sich, wie etwa Thane in ihrem Beitrag über die Sozialpolitik der britischen Labour Party zeigt, mit einer breiter angelegten Diskussion der geschlechtsspezifischen Rollenteilung von privaten und öffentlichen Angelegenheiten verband, konnte, vermittelt über die »soziale Frage«, auch die prinzipielle Frage nach der Verteilung von gesellschaftlichen Lasten und Chancen zwischen Frauen und Männern aufgeworfen werden – eine Frage, deren Beantwortung nicht selten auf eine radikale Neudefinition der Geschlechtersphären immer dann zielte, wenn nach den konjunkturabhängigen Ursachen für Armut, Krankheit und Gesundheitsrisiken gefragt wurde, die Frauen überproportional trafen.

Der internationale Vergleich der verschiedenen politischen Strategien, mit denen die politischen Frauenbewegungen sich in Westeuropa der Fragen und Probleme von Mutterschaft und Mutterschaftspolitik annahmen (und sich gleichzeitig dieser Fragen bedienten), offenbart aber auch, daß weder die Annahme einer chronologisch linearen Entwicklung noch die einer kategorialen Einförmigkeit den Verschiedenheiten Rechnung trägt, die diese Etappe des europäischen Feminismus kennzeichneten. Gerade der vermeintlich weniger kämpferische, »maternalistisch« und auf den Ausgleich der Geschlechterinteressen zielende »soziale« Feminismus konnte, wie etwa Blom, Seip und Ibsen am Beispiel von Norwegen illustrieren, am Ende zu einem ähnlich grundsätzlichen Plädoyer für die Neudefinierung der Geschlechterverhältnisse kommen, wie dies eine eher individualistisch geprägte Haltung von Anfang an tat, die »gleiche Rechte« zur Grundbedingung der Lösung aller weiteren Aufgaben machte, ohne sich dabei einen ähnlich radikalen Gestus anzueignen.

Auffällig ist auch, wie sehr die frühen Annahmen und Erfahrungen, die Frauen mit der sozialen Frage seit der Mitte des 19. Jahrhunderts machten, die politischen Fortschreibungen ihrer Reformbestrebungen prägten – und damit nicht zuletzt die Grundlagen und das Ausmaß von Sozialpolitik überhaupt. Dies immerhin zu einem Zeitpunkt,

als in der sogenannten »ersten Welle« der europäischen Frauenbewegungen der unmittelbare politische Einfluß, auch auf die Formulierung der frühen sozialpolitischen Programme, gering bis vernachlässigbar erschien. Trotzdem waren es gerade solche eher traditionellen oder gar konservativen Beweggründe, sich den Nöten von Frauen als Mütter anzunehmen, die in einer umfassenden politischen Analyse und im politischen Kampf für den Zusammenhang von so scheinbar disparaten Elementen wie Frauenwahlrecht, dem politischen Einfluß von Frauen und Fragen der materialen und konstitutionellen Bürgerrechte mündeten. Buttafuocos Rekonstruktion der Entwicklung hin zu den italienischen »Mutterschaftskassen« (*cassa di maternità*) bietet für dieses Beispiel ein besonders eindrückliches Anschauungsmaterial.

Hier, aber nicht nur hier, berührten die Fragen der sozialen Reform in Europa die Fragen von Differenz und Gleichheit. Wie modern und wie vielfältig die Antworten waren, die die europäischen Frauenbewegungen schon frühzeitig in die Debatten über die Entwicklung des Sozialstaates einführten, belegt diese Sammlung genauso wie sie die Gründe dafür aufzeigt, daß diese Vorschläge ungehört blieben. Damit aber leistet sie eine notwendige Erinnerungsarbeit just zu einem Zeitpunkt, an dem die Reform des Sozialstaates erneut die Frage nach ihren vorgeblich geschlechtsneutralen Interessen aufwirft.

*Reinhard Flessner, Freiburg*

Linda Gordon, *Pitied but not Entitled. Single Mothers and the History of Welfare, 1890–1935*, Harvard UP, Cambridge/Mass. 1995, 433 S., brosch., 9,95 \$.

Am Ende der 1980er Jahre, so resümiert Linda Gordon am Schluß ihrer umfassenden Untersuchung, kamen über 80 Prozent der Ausgaben der U.S.-amerikanischen Sozialprogramme den »Nicht-Armen« zugute. Wie aber erklärt sich, daß gerade unter diesen Umständen die konservativen Angriffe auf ein scheinbar aus den Fugen geratenes System der Sozialversicherung an Schärfe und Gewicht gewannen? Und wie sind die letzten Etappen zu bewerten und zu interpretieren, wie sie im Scheitern genauso wie in den philosophischen Grundlagen des Versuches der Regierung Clinton zu besichtigen waren, eine grundlegende Reform der Sozialpolitik in den USA auf den Weg zu bringen? Besser: Eine sozialpolitische »Kehre«, die zwischen »verdienten« und »unverdienten« Sozialleistungen rigoros zu trennen suchte und die »welfare« durch »workfare« ersetzen wollte.

Kein einzelnes Sozialprogramm hat in diesen Debatten und Glaubenskämpfen so oft und so ausgiebig als Schreckgespenst und Menetekel herhalten müssen, wie die »Hilfen für Familien mit abhängigen Kindern« (*Aid for Families with Dependent Children/AFDS*). Sein historischer Vorläufer, das Program »Aid for Dependent Children« (*ADC*) stellt den roten Faden dar, anhand dessen die Verfasserin, eine ausgewiesene Frauenhistorikerin, nicht nur die konstitutiven Jahrzehnte eines politisch höchst umstrittenen Hilfsprogrammes rekonstruiert, sondern auch einige wesentliche und kategoriale Merkmale der allgemeinen politischen Auseinandersetzungen herausarbeitet, die die Geschichte der Sozialpolitik in den USA seit dem Ende des Bürgerkrieges begleitet und geprägt haben. Diese historische Transformation in der Bedeutung des Begriffes »Wohlfahrt« von einer beinahe romantischen Beschreibung arkadischer Zufriedenheit hin zu einem polemischen Schimpfwort kann, so führt das Buch überzeugend aus, nicht ohne Bezugnahme auf Kategorien wie Klasse, Rasse und Geschlecht verstanden werden. Damit aber zeichnet es nicht nur eine wichtige Episode in der Entwicklungsgeschichte des amerikanischen Sozialstaates nach, sondern es listet auch ein Gruppe von Faktoren auf, die einen neuen, anderen und vielsagenden Zugang zur Analyse der Sozialpolitik in den USA bieten.